



Grüne Kraft voraus!

Laufzeiten: Stadtwerke sind die Verlierer

Aufsichtsräte in den Koalitionsreihen kommen ihrer Verantwortung nicht nach

Die Laufzeitverlängerung für Atomkraft geht zu Lasten kommunaler Stadtwerke. Valerie Wilms hat vor allem als Aufsichtsratsmitglied der Stadtwerke Lübeck Holding und der Stadtwerke Wedel bei der Debatte zur Laufzeitverlängerung im Bundestag die Missachtung der Interessen von kleineren Anbietern scharf kritisiert.

„Ich will vor allem die Aufsichtsräte in den Koalitionsreihen an ihre Verantwortung gegenüber ihren Stadtwerken und der regionalen Wirtschaft erinnern. Besonders die Kommunen leiden weiterhin unter akuter Finanznot. Mit der Laufzeitverlängerung werden hunderte energieversorgende kommunale Stadtwerke noch stärker unter Druck gesetzt.“

[Hier weiterlesen.](#)

[Persönliche Erklärung zum Abstimmungsverhalten](#)

Dialog Nachhaltigkeit: Mitdiskutieren!

Wohin wollen wir uns entwickeln? Wie wollen wir gerne leben? Was heißt für uns Lebensqualität? - Die Bundesregierung lädt ein zum Mitdiskutieren. Valerie Wilms: „Dieses Angebot sollte sich keiner entgehen lassen und der Bundesregierung sagen, wohin die Reise gehen soll!“ Der Dialog läuft noch bis 14.11.2010.

[Mehr hier](#)

Öl im Meer: Antrag im Bundestag

Das Desaster der Deepwater Horizon im Golf von Mexiko hat die größte Ölpest der Geschichte verursacht. Wir dürfen nicht tatenlos zusehen, wie sich immer riskantere Ölförderungsmethoden in immer sensibleren Lebensräumen ausbreiten. Viele Fragen – zum Beispiel zur Haftung im Schadensfall – sind ungeklärt. Mit einem Antrag sollen die Defizite beseitigt werden. Der [Antrag „Rohstoffförderung im Meer: Aus der Katastrophe lernen“](#) wird am 11. November im Plenum debattiert.

[Hintergrundinformationen: Nach der Katastrophe](#)

Valerie Wilms kritisiert darüber hinaus die neuerliche Genehmigung für die Bohrplattform Mittelplate: Sie drängt jetzt auf ein transparentes Verfahren. „Es darf nicht wieder einfach in Ämtern entschieden werden, ohne dass die Bevölkerung einbezogen wird.“

[Mehr zur Mittelplate hier.](#)

Petition: Schutz der Schweinswale

Speedbootrennen werden auch zukünftig die Schweinswale in der Ostsee bedrohen. Die Koalitionsparteien haben mit ihrer Mehrheit die Petition einer Schutzorganisation abgewiesen, die sich dafür einsetzte, die Rennen auf der Ostsee in den deutschen Hoheitsgewässern zu verbieten. „Es ist sehr enttäuschend, dass die Koalition einen Rückzieher macht, wenn es um wirkungsvollen Schutz der bedrohten Tiere geht“, sagt Valerie Wilms. „Ein Verzicht auf solche Spaßveranstaltungen würde den enormen Lärmanstieg in der Ostsee wenigstens etwas dämpfen. Leider sind die Auflagen für die Veranstalter nicht ausreichend, denn Boote mit riesigen Motoren machen immer riesigen Lärm“

[Mehr hier](#)

Reform: Wasser- und Schifffahrtsverwaltung

Die Wasser- und Schifffahrtsverwaltung (WSV) ist die größte Behörde des Bundesverkehrsministeriums: Mehr als die Hälfte der Mitarbeiter im Ministerium sind jedoch nur für etwa 12 Prozent des Güterverkehrs verantwortlich. Mehr noch: Auf jeden Beschäftigten in der gesamten Binnenschifffahrt kommen fast zwei Mitarbeiter in der WSV. Laut Koalitionsvertrag soll die Behörde reformiert werden. Grund genug, um bei der Regierung nachzufragen, inwiefern die geplante Reform vorankommt. Die Antworten zeigen, dass eine Reform überfällig ist, denn auch massive Infrastrukturinvestitionen in den vergangenen zwei Jahrzehnten haben nicht zu einer Erhöhung des Verkehrs auf den Wasserstraßen geführt.

[Mehr hier.](#)

[Antwort auf Kleine Anfrage: Reform der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung](#)

Helgoland: Anbindung als ÖPNV fördern

Seit Jahren bangt Helgoland als einzige deutsche Hochseeinsel um seine ganzjährige Fähranbindung. Der Grund: Die Verbindung ist nicht wirtschaftlich und Gemeinde und Kreis müssen Zuschüsse zahlen. Bislang dachte man, der Hinderungsgrund für eine Förderung sei die Entfernung der Insel – die Anbindung könne kein Öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV) sein, sei somit nicht förderfähig über Regionalisierungsmittel des Bundes. Auf Anfrage von Valerie Wilms hat der wissenschaftliche Dienst des Bundestages nun festgestellt: Eine Förderung als ÖPNV ist grundsätzlich möglich.

[Mehr hier.](#)

[Gutachten des wissenschaftlichen Dienstes](#)

Diskussion Wahlrecht: Öfter und direkter

Das Wahlrecht in Schleswig-Holstein ist nicht verfassungskonform. Die Diskussion geht jetzt um die Zusammensetzung der zukünftigen Landtage. Dazu wurde im September auf dem kleinen Landesparteitag in Lübeck intensiv debattiert. Valerie Wilms setzt sich für mehr direkte Demokratie ein. Wählerinnen und Wähler müssen öfter und vor allem direkter Einfluss auf gesellschaftliche Entscheidungen nehmen können. Zunächst müssten die Wahlkreise reduziert werden, um die Zahl möglicher Überhangmandate zu begrenzen. Gleichzeitig sollten aber auch mehr Direktkandidaten pro Wahlkreis gewählt werden können.

[Antrag zum Landesparteitag hier.](#)

[Position: Valerie Wilms zu einem neuen Wahlrecht für Schleswig-Holstein](#)
